

**HINTERGRUND** (31.10.2005 23:33)

**Von Tamiflu zu "Rummy Flu":  
Vogelgrippe lässt Rumsfelds Kasse sprudeln**

US-Verteidigungsminister profitiert von globaler Virus-Panik wie zuvor sein Kollege Dick Cheney von der Massenvernichtungsmittel-Lüge im Irak

Donald Rumsfeld versteht sein Geschäft, ganz besonders das eine. Dick Cheney steht ihm in nichts nach. Der eine zehrt intensiv von "Gilead Sciences", der andere von "Halliburton". Beide zusammen zehren von George W. Bush. Und alle Drei gehören zur neoliberalen Elite, die sich gerade anschickt, das eigene Land zu fressen. Aber es geht natürlich nicht nur um Rüstungsgüter und Öl, manchmal ist schon eine gewöhnliche Vogelgrippe bestens geeignet, Milliarden zu ergaunern. The american way of life.

Von FRANK KRÜGER

Washington/Basel. Ein Mordsgeschäft macht zur Zeit der Basler Pharmakonzern Roche mit dem Medikament Tamiflu, das angeblich nicht nur gegen die ordinäre Influenza, sondern auch gegen die asiatische Vogelgrippe helfen soll, obwohl es sich bei diesem Virus um einen Subtyp der Influenza handelt. Das Medikament war von der 1987 gegründeten kalifornischen Firma Gilead Sciences entwickelt worden. Das relativ kleine Unternehmen vergab die Lizenz zur Herstellung von Tamiflu 1996 exklusiv an den Basler Pharma-Riesen Roche, dem das Recht eingeräumt wurde, das Medikament bis 2016 herzustellen und zu vermarkten. Doch es entwickelte sich nicht gerade zum Renner. Außerdem war es sehr teuer. Noch bis vor kurzem war Tamiflu ein Ladenhüter und blieb in den Apotheken der Welt in den Regalen liegen. Die Kalifornier verdienten am Verkauf des Medikaments durch Roche mäßig und nur in bescheidenem Umfang mit.

Plötzlich, kurz nach den ersten Meldungen über eine Vogelgrippe in Asien, leitete der Tamiflu-Entwickler Gilead Science von Kalifornien aus eine Klage gegen den Basler Pharma-Konzern Roche ein und forderte die Lizenz zurück, weil das Unternehmen angeblich "zu wenig für den globalen Vertrieb des Mittels getan habe". Roche "habe durch das Fehlen einer kosteneffektiven Herstellung die Wahrscheinlichkeit drastisch eingeschränkt, dass Tamiflu, sollte es unter Roches Kontrolle bleiben, sein volles Potential zum Schutz der Gefahr einer Pandemie entfalten könne", dem weltweiten Ausbruch einer Grippe-Infektion.

Nach Pressemeldungen soll sich das kalifornische Unternehmen auf das TRIPS-Abkommen ("Übereinkunft über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums") der Welthandelsorganisation WTO berufen haben, nach dem Patentinhaber oder Eigentümer von Exklusiv-Lizenzen von Regierungen angeblich auch gegen ihren Willen gezwungen werden könnten, die Herstellung von Generika (wirkstoffgleiche Nachahmerpräparate) in epidemiologischen Notlagen durch andere Hersteller zuzulassen. Aber genau das hatten die amerikanische Pharma-Industrie mit Unterstützung der Regierung in Washington in den 1980er Jahren zu verhindern gewusst.

Diese preiswerte Nachahmung von teuren Medikamenten war in den 1980er Jahren auf den erbitterten Widerstand der USA gestoßen, als es um die Herstellung von Generika gegen Aids für afrikanische Staaten zu erschwinglichen Preisen ging, die sich die teuren Original-Medikamente amerikanischer Hersteller nicht leisten konnten. Schließlich aber konnten sich die Vereinigten Staaten dem internationalen Druck ohne Gesichtsverlust nicht völlig verschließen und mussten sich zu einer halbherzigen Erklärung im Sinne der afrikanischen Forderung nach preiswerten Generika-Medikamenten durchringen, die aber praktisch kaum wirtschaftliche Auswirkungen auf die Geschäftspolitik der amerikanischen Pharmahersteller hatte. In Afrika geht das Sterben weiter. Die "Vertretung der pharmazeutischen Industrie der USA" (PhRMA) gab mit der "Doha Declaration" 2001 lediglich widerwillig eine erläuternde Stellungnahme heraus, dass (afrikanische) Staaten durch das TRIPS-Abkommen nicht daran gehindert werden sollen, Epidemien wie AIDS zu bewältigen. Mehr nicht.

Geld kann heilen – die Pharmaindustrie

Seitdem arbeitet die amerikanische Pharma-Industrie mit Unterstützung der Regierung in Washington daran, die Auswirkungen dieser Erklärung für die US-Pharma-Industrie - zu Lasten von Dritte-Welt-Ländern und vor allem afrikanischer Staaten - so gering wie möglich zu halten. Dort geht das Sterben von AIDS-Kranken trotz der scheinheiligen Doha-Erklärung der amerikanischen Pharma-Industrie von 2001 mit steigender Tendenz weiter, da es sich bei der "Doha-Declaration" nur um eine weitgehend unverbindliche Stellungnahme der USA zum TRIPS-Abkommen gehandelt hat, die so vage gehalten war, dass sie kaum zu Umsatzeinbußen oder entgangenen Gewinnen für die US-Pharma-Industrie geführt hat.

Im Zusammenhang mit Tamiflu konnte sich das Management von Gilead Science nun tatsächlich gerade nicht auf das von den USA vehement verteidigte TRIPS-Abkommen, das einen rigorosen Patentschutz absichert, berufen, sondern lediglich auf die von ihnen selbst höchst widerwillig und halbherzig abgegebene, nur erläuternde "Doha-Declaration" zum TRIPS-Abkommen, die so allgemein und nichts sagend formuliert worden war, das die US-Pharma-Industrie die wirtschaftlichen Auswirkungen der Erklärung so gering wie möglich halten konnte. In Afrika geht das Sterben von AIDS-Kranken unvermindert weiter, weil die US-Pharma-Industrie Umsatzverluste durch die preiswerte Herstellung von Generika weitgehend zu verhindern wusste.

Jetzt aber, nachdem sich abzuzeichnen schien, dass Tamiflu ein Milliardengeschäft werden könnte, an dem die USA nicht teilhaben würden, da sie die Exklusiv-Lizenz zur Herstellung des Medikaments an den Basler-Pharma-Konzern verkauft hatten, bemühten Gilead Science und die US-Regierung plötzlich die "Doha-Declaration", um sie nun im Sinne ihrer wirtschaftlichen Interessen auszulegen und umzuinterpretieren, nachdem sie sie vorher dazu benutzt hatten, lediglich ihr Gesicht zu wahren, tatsächlich aber die wirtschaftlichen Auswirkungen der Stellungnahme auf US-Pharma-Unternehmen so gering wie möglich zu halten suchten und die generelle Herstellung von preiswerten Generika für arme Dritte-Welt-Länder weiterhin behinderten.

Im Falle von Tamiflu, das mit Auftreten der asiatischen Vogelgrippe zu einem Medikament mit Milliarden-Umsatz-Potential ausgebaut werden konnte, brauchten die USA eine drohende Epidemie, besser noch eine Pandemie, um den Basler Pharma-Konzern Roche damit unter Druck setzen zu können, die Lizenz an Gilead Science für das Grippe-Medikament entweder zurückzugeben oder wenigstens Unterlizenzen an amerikanische Pharma-Unternehmen für die Herstellung von Generika zu vergeben. Eine drohende Epidemie, besser noch das Schreckensszenario einer Pandemie musste her, um Roche mit einer internationalen "Notlage" gefügig zu machen.

Wirklich das Beste für Don Rumsfeld

George W. Bush gab sein Bestes - für die amerikanische Wirtschaft und für das Bankkonto seines Kabinettskollegen Donald Rumsfeld. Der amerikanische Verteidigungsminister nämlich war bis zu seinem politischen Karrieresprung nach Washington zwischen 1999 und 2001 Aufsichtsratsvorsitzender von Gilead Science und hält ein dickes Aktienpaket an dem Unternehmen. Jetzt bot sich für Don Rumsfeld die einmalige Chance, ein ganz dickes Geschäft zu machen. Dafür sicherte er sich die Unterstützung seines Präsidenten.

Zunächst impfte Präsident Bush seinen Landsleuten wiederholt und öffentlich Panik ein, indem er eine drohende Pandemie "mit mindestens 200.000 Toten in den USA" an die Wand malte, es könnten aber auch "bis zu zwei Millionen Tote" sein. Der erhoffte Effekt blieb nicht aus. Zunächst in den USA, dann weltweit, begann ein Run auf Tamiflu. Mehr noch: Die USA bestellten 80 Millionen Packungen des Medikaments und stellten ein Gesamtbudget für den Kauf von Tamiflu in Höhe von insgesamt zwei Milliarden US-Dollar zur Verfügung. Somit war es der amerikanische Steuerzahler, der das Bankkonto von Bushs Verteidigungsminister Donald Rumsfeld seitdem unaufhörlich anschwellen lässt. Nicht die Vogelgrippe breitete sich als Pandemie aus, sondern eine internationale Panik zum Wohle der US-Wirtschaft und des amerikanischen Verteidigungsministers.

Der Basler Pharma-Konzern Roche knickte ein und erklärte sich schließlich mit gewundenen Formulierungen bereit, Unterlizenzen für Tamiflu an ausgewählte Unternehmen zu vergeben - überwiegend in den USA, da der Herstellungsprozess des Medikaments angeblich sehr

kompliziert sei und nicht von jedem Pharma-Unternehmen bewältigt werden könne. Über die Klage von Gilead Science gegen Roche, die Lizenz von Tamiflu zurückzugeben, wurde öffentlich fortan nicht mehr diskutiert sondern nur noch hinter den Kulissen verhandelt. Schließlich hatte Merchandising-Manager George W. Bush mit seiner Panikmache letztendlich zum Verkaufserfolg von Tamiflu wesentlich beigetragen. Der Milliarden-Coup von Bush & Rumsfeld, von einem bereits verkauften Kuchen sich dennoch die dicksten Stücke zu greifen und mitzuessen, ist aufgegangen.

Die Geschäfte laufen wie geschmiert

Das Strickmuster dieses kapitalistischen Husarenstücks zum Wohle der amerikanischen Milliardärsoligarchie hatten Bush und sein Vize Richard "Dick" Cheney, die "fleischgewordene Verquickung von Öl- und Rüstungsinteressen", schon im Zusammenhang mit dem Irak-Krieg entwickelt, als sie mit der schamlosen Lüge, der Irak verfüge über Massenvernichtungswaffen, den Überfall auf das ölreiche Land im Nahen Osten erklärten. Einer der Hauptprofiteure des Überfalls auf den Irak war nach dem Sieg über Saddam Hussein das amerikanische Unternehmen Halliburton, dessen Kerngeschäft die Förderung und der Handel mit Erdöl ist. Präsident von Halliburton war bis zu seinem Karrieresprung auf den Sessel des amerikanischen Vizepräsidenten Richard Cheney, der noch 2004 einen dicken Abfindungsscheck in Millionenhöhe von Halliburton erhielt, als er schon längst zum Stellvertreter von George Bush aufgestiegen war. Dick Cheney wiederum ist mit Tamiflu-Profiteur Donald Rumsfeld eng befreundet, mit dem er 1997 den neokonservativen Think-Tank "Project for the New American Century" gründete. Seitdem sie Staatsämter bekleiden, laufen die milliardenschweren Nebengeschäfte dieser und anderer US-Politiker wie geschmiert. So funktioniert Business in den Vereinigten Staaten - zum Wohle eines neuen amerikanischen Jahrhunderts, vor allem aber zum Wohle einer kleinen Machtelite, bestehend aus Dollarmillionären und -milliardären, die es verstehen, politische Ämter für eine unverschämte Anhäufung von Reichtum zu missbrauchen, während die Schere zwischen Arm und Reich in den USA immer weiter auseinanderklafft. Wenn es stimmt, dass amerikanische Verhältnisse mit einer Zeitverzögerung von fünf bis zehn Jahren die europäischen Gestade erreichen, können wir uns in Deutschland in naher Zukunft noch auf Einiges gefasst machen.

Dass dieses amerikanische Business-Prinzip zu Lasten einer benachteiligten und immer ärmer werdenden Bevölkerungsmehrheit in den USA gang und gäbe zu sein scheint, während sich immer mehr Kapital in der Hand der kleinen Gruppe von Politikern und Firmenbossen konzentriert, verrät eine Pressemitteilung von Gilead Science aus dem Jahre 1997, in der die Wahl von Donald Rumsfeld zum Vorsitzenden des Gilead-Aufsichtsrats bekannt gegeben wurde: "Seine breit gefächerten Erfahrungen in Führungspositionen in der Industrie wie in der Regierung wird uns beim Aufbau unserer wirtschaftlichen Präsenz sehr dienlich sein." Gilead-Aktionär Rumsfeld hat nicht zu viel versprochen.

Eine wahrhaft ehrenwerte Gesellschaft

Ob das Vogelgrippe-Virus H5N1 überhaupt zu einer Pandemie führen kann, ist jedoch umstritten. Denn erst die Übertragung von Mensch zu Mensch kann theoretisch zu einer Pandemie führen. Dafür aber müsste sich das Virus zunächst verändern. Ob ein solches verändertes Virus dann aber noch mit Tamiflu bekämpfbar ist, weiß im Augenblick niemand. Klinische Untersuchungen zur Wirksamkeit des Tamiflu-Bestandteils Oseltamivir bei der Vogelgrippe fehlen bislang aufgrund der geringen Anzahl an erkrankten Personen.

Pandemie hin, Panik her. Die Aktienkurse von Gilead Science steigen, und bei Rumsfeld klingelt die Kasse - dank kollegialer Unterstützung seines Präsidenten. In den Vereinigten Staaten wird die Vogelgrippe deshalb schon als "Rummy Flu" bezeichnet. Und auch Busch profitiert von der Panikmache, kann er sich doch nun der Unterstützung seines Verteidigungsministers sicher sein. Der Präsident plant nämlich schon seit geraumer Zeit die Militarisierung auch des zivilen Amerikas. Künftig soll nicht mehr zwischen zivilen und nationalen Notfällen unterschieden werden. Der "Homeland Security`s National Response Plan" (NRP) sieht vor, auch militärische Einheiten unter dem Dach des Heimatschutzes anzusiedeln. Das wiederum sorgt für dicke Auftragsbücher bei der Rüstungsindustrie und für Kick-backs in die Taschen von Politikern. Schmiergeld sagt man dazu in Deutschland.

**Quelle: [www.saar-echo.de](http://www.saar-echo.de)**